Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5227

20. 05. 76

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1976
hier: Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
– Drucksachen 7/4100 Anlage, 7/5048 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die IV. Welthandelskonferenz (UNCTAD IV) einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung leistet. Er fordert, daß sich die Bundesregierung aus solidarischer Verantwortung, humanitärer Pflicht und wohlverstandenem Eigeninteresse unter Wahrung bzw. Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung zu konkreten Schritten bereitfindet.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt alle Bemühungen der Bundesregierung, den Dialog zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern im konstruktiven Sinne zu führen. Er erwartet, daß die Bundesregierung aktiv darauf hinarbeitet, auf der Basis einer offenen Handelspolitik und der Erweiterung der Präferenzen für Entwicklungsländer ein Höchstmaß an Zusammenwirken und gemeinsamem Vorgehen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen.

3. Der Deutsche Bundestag hält es für wichtig, daß die Möglichkeiten einer sachgerechten Erlösstabilisierung, die die Funktionsfähigkeit des Weltmarktes nicht gefährdet, gemeinsam mit den Entwicklungsländern fortentwickelt werden.

4. Der Deutsche Bundestag lehnt ein integriertes Rohstoffprogramm und Maßnahmen zur Preisindexierung ab. Auch die Bildung eines gemeinsamen Fonds zur Lagerhaltung für Rohstoffe – der mit unabsehbaren Kosten verbunden ist – und ähnliche Lösungen sind abzulehnen, durch die ein internationales Finanzierungsinstrument zwecks Lagerhaltung, Marktintervention und Preispflege durch eine internationale

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Wirtschaftsbehörde geschaffen werden soll. Der Deutsche Bundestag fordert von der Bundesregierung, daß sie auch im Rohstoffbereich keinen Resolutionen zustimmt, die den Prinzipien der freien Weltwirtschaft widersprechen.

5. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die wachsende Verschuldung – insbesondere der ärmeren Entwicklungsländer – ein ernstes Problem darstellt. Eine Globalregelung ist gerade im Interesse der Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer und angesichts der Vielschichtigkeit der damit verbundenen Probleme abzulehnen. Der Deutsche Bundestag befürwortet hingegen wie bisher Einzelverschuldungsmaßnahmen für öffentliche Kredite in geeigneten Fällen.

Bonn, den 20. Mai 1976

Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Die IV. Welthandelskonferenz hat bereits vor zwei Wochen begonnen. Neue Entwicklungen sind sichtbar geworden. Die Haltung der Industrieländer ist weitgehend uneinheitlich. Auch eine einheitliche Haltung der Bundesregierung ist nicht zu erkennen. Darüber hinaus hat Staatsminister Wischnewski im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft inzwischen Vorschläge in der Frage des „integrierten Rohstoffprogramms" gemacht, die sich mit einer marktwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung nicht vereinbaren lassen. Die CDU/CSU legt daher Wert darauf, der Bundesregierung nicht nur eine Empfehlung zu übermitteln, sondern sie verbindlich auf die Wahrung der Grundprinzipien der freien Weltwirtschaft zu verpflichten.